

BKK Dachverband e.V.

Mauerstraße 85

10117 Berlin

www.bkk-dv.de

Sarah Kramer

Referentin Kommunikation

Tel.: (030) 2700406-304

E-Mail: sarah.kramer@bkk-dv.de

Berlin, 8. Juni 2021

Anpacken!

Betriebskrankenkassen fordern umfassende Reform des Gesundheitswesens

Die Betriebskrankenkassen fordern angesichts der Corona-Pandemie und mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl 2021 eine umfassende Reform des Gesundheitswesens. „Wir brauchen ein zukunftsfähiges, patientenzentriertes und sozialverträgliches System“, sagt Franz Knieps, Vorstand des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK DV). „Ein weiter so kann es nicht geben.“

Seine gesundheitspolitischen Forderungen für die kommenden Jahre hat der BKK DV in der [Broschüre „Anpacken. Ein gesundheitspolitisches Aufgabenheft für die Legislatur 2021-2025“](#) zusammengefasst.

Die Pandemie habe längst bekannte Defizite der Branche schonungslos offengelegt und diese teilweise verschärft, so Knieps. Aus seiner Sicht mangelt es im Gesundheitswesen vor allem an Schnelligkeit und Vernetzung, zunehmend auch an finanziellen Ressourcen. Die Betriebskrankenkassen fordern daher von der Politik, in der nächsten Legislaturperiode agilere Kommunikationswege und einen besseren Datenaustausch für eine flexiblere und gezieltere Versorgungssteuerung auf den Weg zu bringen.

„Die Digitalisierung und die damit einhergehende Vernetzung sind der Schlüssel, um Sektorengrenzen zu überwinden und zu einer patientenzentrierten Versorgung zu gelangen“, sagt Knieps. Um Nutzerinnen und Nutzer in den Mittelpunkt zu rücken, müsse das Sozialgesetzbuch neu gefasst werden.

Auch bei der künftigen Ausgestaltung der Pflege und der Krankenhausplanung fordern die Betriebskrankenkassen ein Umdenken. Zwar sei die gerade beschlossene Pflegereform ein Schritt in die richtige Richtung, doch gingen die Maßnahmen nicht weit genug. So gehörten etwa die Erweiterung der Kompetenzen von Pflegekräften sowie die Höhe des zu leistenden Eigenanteils an den Pflegekosten und die weitere Finanzierung der Pflege auch in der kommenden Legislatur auf die politische Agenda.

Bei der Krankenhausplanung sollte die Politik ihren Fokus künftig vor allem darauf richten, die Kliniklandschaft im Sinne von Patientinnen und Patienten umzustrukturieren. „Sie muss die wohnortnahe Grundversorgung beispielsweise durch kommunale pflegerische Versorgungszentren (KPVZ) ebenso gewährleisten wie hoch spezialisierte Kliniken vorhalten“, fordert Knieps.

Mit Blick auf die seit Jahren wachsenden Ausgaben und zunehmenden Kostendruck innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung und der Sozialen Pflegeversicherung hält der Vorstandsvorsitzende einen Kassensturz trotz bereits beschlossenen Bundeszuschuss für überfällig. „Brutale Kostendämpfung und populistische Maßnahmen werden wie immer nicht reichen“, ist Knieps sich sicher.

Der BKK Dachverband ist die politische Interessenvertretung von 72 Betriebskrankenkassen und vier Landesverbänden mit rund neun Millionen Versicherten.